



Basel 4002
Aufl./Tir. 6x wöchentlich 114438

375 017 / 68823 mm2 / 0

Seite / Page 45

27.11.98

Landrat stärkt Kooperationsmodell der Fachhochschule den Rücken

Ohne Gegenstimmen hat der Landrat 21 Millionen ans erste Globalbudget der FHBB abgesegnet. Mit Überweisung eines Postulats Danilo Assolari (CVP) erteilte der Rat der Regierung gleichzeitig den Auftrag, sich mit allen Mitteln gegen den Abzug der Architektur- und Bauingenieurausbildung zu wehren.



Studierende der FHBB im «Energiehäuschen». Im Landrat stieß gestern vor allem der vom Bund geplante Abzug der Ausbildungsgänge Architektur und Bauingenieurwesen auf Widerstand. Foto Hannes-Dirk Flury

Im Jahr 1997 sind die beiden Basler Halbkantone in einem Vertrag übereingekommen, der gemeinsam geführten Fachhochschule beider Basel (FHBB) ähnlich wie der Universität die notwendigen Mittel zur Erfüllung ihres Leistungsauftrages in Form eines Globalbudgets zur Verfügung zu stellen. In den Budgets der beiden Basel für 1999 sind die Kantonsbeiträge an das 46-Millionen-Budget, das die FHBB für das Jahr 1999 vorlegt, erstmals enthalten. Anders als in Basel-Stadt hat sich die Baselbieter Regierung entschlossen, den Baselbieter Global-

beitrag samt Leistungsauftrag und einem 45'000-Franken-Kredit zur Aufstockung der Stabsstelle für Hochschulfragen dem Landrat beim ersten Mal zur Genehmigung vorzubereiten

ben, auch in Zukunft im Verhältnis zwei zu eins. Für das Jahr 1999 bedeutet dies, dass

Aus dem Landrat berichten
Stefan Gyr und Peter Wittwer

Gemäss Fachhochschulvertrag teilen sich die Trägerkantone die Kosten, die nach Abzug der Bundessubventionen und der selbsterwirtschafteten Erträge übrig blei-



der Kanton Baselland als Seniorpartner vom erwarteten Defizit 21,2 Millionen Franken zu tragen hat, während Basel-Stadt 10,5 Millionen Franken beisteuert.

Fragezeichen Bundesbeiträge

Ein Fragezeichen im FHBB-Budget 99 bilden die Bundesbeiträge. Nachdem der Bund letztes Jahr aus Spargründen seine ursprünglichen Finanzierungsversprechen nicht eingehalten hat, ist es fraglich, ob er nächstes Jahr die an sich versprochenen 7,3 Millionen Franken tatsächlich auszahlt wird. Im schlimmsten Fall ist mit Abstrichen in der Grossordnung von 2,5 Millionen Franken zu rechnen, die von den Trägerkantone nicht ausgeglichen werden und deshalb von der Schule eingespart werden müssen. Weitere Unsicherheitsfaktoren in der Finanzplanung bilden gemäss Regierungsvorlage auch die Auswirkungen der neuen interkantonalen Vereinbarungen der Nordwestschweizer Kantone sowie die vorgesehene (Teil-)Integration der Schule für Gestaltung in die FHBB.

Alle Studiengänge bis 2003 gesichert

In der vorberatenden Erziehungs- und Kulturkommission sind der Leistungsauftrag und die Begründung des Globalbeitrages von 21,3 Millionen Franken positiv aufgenommen worden, erklärt Andrea von Bidder (EVP/SVP, Binningen) im Namen der einstimmig für Zustimmung plädierenden Kommission. Dass der Bund sämtlichen jetzt angebotenen Studiengangen bis zum Jahr 2003 die Anerkennung erteilt hat, sei ein deutliches Zeichen dafür, dass sich die FHBB mit ihrem Angebot auf dem richtigen Weg befindet. Begrüssenswert halt Andrea von Bidder insbesondere die Bildung von Kompetenzzentren und die geplante Kooperation mit den anderen Nordwestschweizer Kantonen (Drei-Ebenen-Modell), der die Kommission ebenfalls einstimmig zustimmen wird.

Dieter Schenk (FDP, Liestal) empört sich darüber, dass der Bund in der Fachhochschulplanung seine Hausaufgaben nicht gemacht hat und dadurch die Planung der FHBB vor grosse Probleme gestellt hat. Für 1999 orientiert sich der Leistungsauftrag so noch stark am gewachsenen Status quo. In den nächsten Jahren wird sich dieser aber verstarkt in Richtung Forschung und Entwicklung ausrichten müssen, was der Schule auch vermehrt erlaubt wird, mehr als sieben Millionen Franken jährlich selbst zu erwirtschaften. Die FDP ist einstimmig für den beantragten ersten Globalbeitrag.

Auch die SP-Fraktion stehe zum

«Baby» FHBB, das sich mit kritischer Begleitung in den nächsten Jahren zu einer starken Schule entwickeln soll, meint Claudia Roche (SP, Liestal). Ohne Wenn und Aber kann die SP-Fraktion deshalb dem beantragten Millionenkredit zustimmen.

Nachdem die Pläne des Bundes für eine Fachhochschule Nordwestschweiz zumindest vorläufig abgewendet werden konnten, gibt es auch für Sylvia Liechti (SVP, Rumlingen), Uwe Klein (CVP, Pratteln) und Willy Müller (SD, Münchenstein) keinen Grund, den globalen Beitrag ans FHBB-Budget zu verweigern. Die Grünen stehen grundsätzlich ebenfalls hinter dem Kredit Roland Meury (Grüne, Biel-Benken) bemängelt aber, dass in der Formulierung des Leistungsauftrages die Frauen offenbar vergessen wurden.

Erziehungsdirektor Peter Schmid dankt sich für die durchweg positive Aufnahme der Vorlage. In seinen knappen Ausführungen betont er, dass der Leistungsauftrag mit der Integration des Gestaltungsreiches überarbeitet werden muss. Leistungsauftrag und Globalbudget werden darauf vom Rat ohne Gegenstimme genehmigt.

Tollerfolg gegenüber dem Bund

In der Folge beantwortet Erziehungsdirektor Peter Schmid Interpellationen von Walter Jermann (CVP, Dittingen), Erich Straumann (SVP/EVP, Wintersingen) und der FDP-Fraktion zum Thema Fachhochschul-Planung. Die Baselbieter Regierung habe sich immer für zehn Fachhochschul-Standorte ausgesprochen, schickt Schmid seinen Ausführungen voraus. Als sich abzeichnete, dass ihr Widerstand gegen eine Reduktion auf sieben Standorte nichts fruchten wird, hat man sich mit den «Zwangspartnern» Aargau und Solothurn darauf konzentriert. anstelle der geplanten Fachhochschule Nordwestschweiz beim Bund ein Kooperationsmodell auf drei Ebenen beliebt zu machen.

Dies ist nun zumindest für eine Einführungsphase bis zum Jahr 2003 gelungen, und auf allen Ebenen laufen nun Vorbereitungen, um dieses Modell dauerhaft zu etablieren. Wichtiger als totale Eigenständigkeit sei in Zukunft Qualität, meint Schmid, denn die Fachhochschulen werden sich so oder so in einem harten Wettbewerb behaupten müssen.

Gewerbe will mitreden können

Was die umstrittene Konzentration der Ausbildungsgänge Architektur und Bauingenieurwesen angeht, so stellt nochmals Schmid

unmissverständlich klar, dass auf diese beiden Abteilungen innerhalb der geplanten Kompetenzzentren in Muttenz nicht verzichtet werden kann (die BaZ berichtete). Zusammen mit den eidgenössischen Parlamentären wird die Regierung alles unternehmen, um diesen Standpunkt durchzusetzen.

Bis jetzt ist die Regierung davon ausgegangen, dass Handelskammer und Gewerbeverbände untereinander eine Aufgabenteilung abgesprochen haben, nach der die Handelskammer beider Basel die Interessen der Wirtschaft in der Fachhochschulplanung vertritt. Sie war deshalb überrascht, dass die beiden Gewerbeverbands-Direktoren im Nationalrat ohne Rücksprache mit der Regierung mit Vorstossen vorgeprescht sind.

Auch bei der Wahl des Fachhochschulrates wurde der Berücksichtigung von Gewerbevertretern auf dem Hintergrund dieser freiwilligen Aufgabenteilung zwischen den Verbänden nicht erste Priorität eingeräumt. Andere Kriterien, wie eine angemessene Vertretung der Geschlechter, hatten gemäss Schmid damals höheres Gewicht. Sollte es zu einer Vakanz kommen, so werde die Regierung die Anregung von Erich Straumann, auch einen Gewerbevertreter zu berücksichtigen, «nicht vergessen», versprach Schmid.

Rückenstärkung für die Regierung

Aus taktischen Überlegungen spricht sich der Erziehungsdirektor klar dagegen aus, ein scharf formuliertes Postulat von Danilo Assolari (CVP, Reinach) zur Rettung der Architektur- und Bauingenieur-Abteilung zu überweisen. Es sei falsch, in der jetzigen Situation den Kopf zu verlieren, nur weil der Kanton Aargau mit viel Getose auch das nachvollziehen will, was die beiden Basel weitgehend schon gemacht haben. Für Schmid ist es eine Illusion zu glauben, dass der Bundesrat auf seinen Beschluss zurückkommt und den beiden Basel die Führung einer achten Fachhochschule erlaubt.

Danilo Assolari ist in der Folge bereit, auf die in seinem Vorstoss enthaltenen Angriffe auf die Partnerkantone zu verzichten. Sein umformulierter Vorstoss konzentriert sich nur auf den Auftrag an die Regierung, sich mit allen Mitteln für eine Erhaltung der beiden Studiengänge in Muttenz einzusetzen. In dieser Form findet der Versuch, der Regierung in dieser Frage durch einen ausdrücklichen Auftrag des Parlamentes den Rücken zu stärken, nicht nur die Zustimmung aller Fraktionsredner, sondern auch der Regierung. Ohne separate Abstimmung wird der abgewandelte Vorstoss Assolari darauf als überwiesen betrachtet.